

## A4 Kein Bock mehr auf rassistisch-populistische Scheindebatten! Konto statt Bezahlkarte.

Gremium: Thomas Schaefer (Erfurt), Lina Kornmüller (Jena)  
Beschlussdatum: 10.04.2024  
Tagesordnungspunkt: 8. sonstige Anträge

### Antragstext

1 Kein Bock mehr auf rassistisch-populistische Scheindebatten! Konto statt  
2 Bezahlkarte.

3 In Deutschland wird seit Wochen über die sogenannte Bezahlkarte für Geflüchtete  
4 diskutiert, mittlerweile gibt es sogar einen Kabinettsbeschluss zur Änderung des  
5 Asylbewerberleistungsgesetzes, dass die Einführung von Bezahlkarten durch die  
6 Länder ermöglichen, bzw. erleichtern soll. Angeblich soll diese Bezahlkarte  
7 Verwaltungen entlasten, unter anderem bei der Auszahlung von Bargeld.

8 Was sie aber momentan vor allem macht ist, dass sie Geflüchtete diskriminiert.  
9 Denn sie schränkt sie ein bei der Frage wo sie einkaufen gehen können und ob und  
10 wieviel Bargeld sie abheben dürfen. Sie werden schlicht finanziell Entmündigt.

11 Je nach Form der Bezahlkarte werden zum Teil bestimmte Gebiete nach Postleitzahl  
12 festgelegt, in welchen bezahlt werden kann. Auf diese Weise wird praktisch die  
13 Residenzpflicht durch die Hintertür wieder eingeführt. Geflüchtete werden durch  
14 ihre Möglichkeit zu bezahlen an einen Ort gebunden und in ihrer Freizügigkeit  
15 eingeschränkt.

16 Die Umsetzung einer Bezahlkarte führt in der Realität nicht zu einer  
17 tatsächlichen Entlastung für die Verwaltungen, denn diese müssen kompliziert  
18 festlegen wo Geflüchtete einkaufen dürfen, was sie einkaufen dürfen und wie viel  
19 und ob Bargeld abgehoben werden darf. Zusätzlich kommt die Überwachung dieses  
20 Systems. Außerdem hat die Bezahlkarte ganz praktische Probleme. Eine  
21 Bezahlkarte, die Bargeldabhebung nicht erlaubt oder beschränkt ist  
22 beispielsweise auch für

23 Schüler\*innen problematisch, da manche Schulausgabe wie Mittagessen nur Bar  
24 gezahlt werden können.

25 Neben der vorgeschobenen Erklärung der Entlastung von Verwaltungen wird hin- und  
26 wieder auch die etwas ehrlichere Version ausgepackt: Migration solle begrenzt  
27 werden.

28 Bargeldüberweisungen würden demnach sogenannte "Pull-Faktoren" darstellen und  
29 dazu führen, dass Menschen nach Deutschland flüchten. Die Existenz von Pull-  
30 Faktoren ist eine lange sozialwissenschaftlich widerlegte Theorie. Noch Anfang  
31 dieser Woche (08.04.2024) wiesen selbst die geladenen Sachverständigen in einer  
32 Anhörung im Bundestag zum Themenkomplex diese Theorie entschieden als veraltet  
33 zurück.

34 "Menschen fliehen vor Krisen, Krieg, Hunger (aufgrund von Naturkatastrophen)  
35 oder Verfolgung, allen voran aus Syrien, Afghanistan oder der Türkei. Wenn in  
36 Deutschland Sozialleistungen gekürzt werden, hat das keinerlei Einfluss auf die  
37 Fluchtentscheidungen der Menschen. Zudem werden Geflüchtete durch diese Form der  
38 Bevormundung als Minderheit öffentlich stigmatisiert und in ihrer Menschenwürde  
39 verletzt." (ProAsyl)

40 Auch das Argument die Bezahlkarte sei notwendig um Auslandsüberweisungen oder  
41 die Zahlung von Schlepper\*innen zu verhindern geht an der Realität vorbei. Die  
42 Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz liegen noch unter dem  
43 Existenzminimum des Hartz-4/Bürgergeldsystems. Zahlungen dieser Art existieren  
44 wenn überhaupt erst, wenn durch ein eigenes Einkommen Geld zur Verfügung steht.  
45 Zudem sind sie Resultat gescheiterter internationaler und europäischer Politik.  
46 Schleuser\*innen existieren, weil es keine legalen Wege der Flucht oder  
47 Einwanderung gibt. Die weitere rassistische Kriminalisierung von Flucht und  
48 Migration, verhindert diese nicht sondern führt zu mehr Toten, mehr Leid und zu  
49 dem was sie vorgibt zu verhindern: halbrecherischen und ausbeuterischen  
50 Schleusungs-Systemen, unter denen die Geflüchteten selbst am meisten leiden.

51 Das Europäische System der Kriminalisierung von Flucht und Migration ist ein  
52 tiefes moralisches Versagen und die Ignoranz historischer Verantwortung durch  
53 koloniale und neo-kolonialer Ausbeutung und Destabilisierung.

54 Die Bezahlkarte ist aus unserer Sicht vor allem darauf ausgelegt Geflüchte zu  
55 diskriminieren. Im Zweifel hört es dabei aber nicht auf. Mit der Bezahlkarte  
56 wird zudem ein System für Sozialleistungen etabliert und getestet. Dieses System  
57 kann auf andere Bereiche, beispielsweise die Abgabe des Bürger\*innengeld oder  
58 anderer Sozialleistungen ausgeweitet werden. Wir lehnen das fundamental ab.

59 Die Bundesregierung hat Anfang März einen Beschluss zur Änderung des  
60 Asylbewerberleistungsgesetzes getroffen, der die Umsetzung von Bezahlkarten auf  
61 Länderebene rechtssicher ermöglichen soll. Das Verfahren ist dabei ziemlich  
62 intransparent. Der Beschluss im Bundestag erfolgt über einen Änderungsantrag an  
63 ein schon laufendes Gesetzgebungsverfahren. Lange waren nur Informationen über  
64 Presseverlautbarungen zugänglich, nach diesen soll die Bezahlkarte im  
65 Wesentlichen wie eine normale Geldkarte funktionieren, zugleich aber  
66 Überweisungen ins Ausland ausschließen und den Bezug von Bargeld beschränken.  
67 Außerdem sollen die Leistungsbehörden selbst entscheiden können, wieviel Bargeld  
68 die Karteninhaber innerhalb eines bestimmten Zeitraums abheben können. Damit  
69 bleibt offen, ob die Leistungsbehörden das Abheben von Bargeld ganz verbieten  
70 können.

71 Das Gesetz ist dabei neben den direkten Effekten womöglich ein trojanisches  
72 Pferd.

73 Neben den Regelungen zur Bezahlkarte, die öffentlich diskutiert werden, wird in  
74 der Formulierungshilfe für den Änderungsantrag der Vorrang von Geldleistungen  
75 gegenüber Sachleistungen abgeschafft. Das könnte noch viel umfangreichere  
76 Einschränkungen für Asylbewerber\*innen nach sich ziehen und je nach Umsetzung in  
77 den Ländern in einer marktwirtschaftlichen Gesellschaft wie unserer, große Teile  
78 ihrer Selbstbestimmung praktisch abschaffen.

79 Wir wollen keine diskriminierenden Bezahlkarten. Für die Entlastung von Behörden  
80 unter Wahrung der finanziellen Selbstbestimmung gibt es eine ganz einfache  
81 Lösung. Diese Lösung heißt Basiskonto.

82 Wir fordern deshalb kostenlose Basiskonten für Geflüchtete anstelle von  
83 Bezahlkarten einzurichten. Das Zahlungskontengesetz (ZKG) nennt als Berechtigte  
84 für ein Basiskonto ausdrücklich auch Asylsuchende und Geduldete (§2 Abs. 1 S. 1  
85 und 2 sowie §3 ZKG). Jedes Kreditinstitut, das grundsätzlich Zahlungskonten für  
86 Verbraucher:innen anbietet, ist daher auch verpflichtet, ein Basiskonto für

- 87 Geflüchtete einzurichten. Dies entlastet sowohl die Verwaltung und gibt  
88 Geflüchteten die Möglichkeit ohne Einschränkungen zu leben und fördert die  
89 finanzielle Selbstbestimmung.
- 90 Der Beschluss einer Bezahlkarte, wie mit dem Gesetzentwurf auf Bundesebene  
91 vorgesehen, bleibt auch unter grüner Regierungsbeteiligung falsch und ganz  
92 fundamental abzulehnen.
- 93 Rechte Parteien werden nicht geschwächt, indem ihre rassistische Politik für sie  
94 gemacht wird. Gesellschaftliche Stimmungen werden nicht verändert, indem sie  
95 bedient werden. Soziale Gerechtigkeit gibt es nicht auf Kosten anderer  
96 marginalisierter Gruppen.
- 97 Als GRÜNE JUGEND kämpfen wir weiterhin für eine gerechte Welt und damit gegen  
98 Bezahlkarten, gegen den Zwang zu Sachleistungen, gegen Abschiebephantasien,  
99 gegen Zwangsarbeit in Geflüchtetenunterkünften und menschenunwürdige  
100 Unterbringung, gegen das Sterben im Mittelmeer, gegen Rassismus und gegen  
101 Grenzen!

## Begründung

Im Antragstext